Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 123 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 28. Mai 1932

„Sein oder Nichtsein ..."

Die Frage an Lausanne — Die Frage an die Welt — Nichtsein oder Dasein.

Es ist keine Flucht hinein ins Literarische, hinein in die Kunst, wenn man heute Hamlets, des Prinzen von Dänemark, pessimistisch-ahnungsvolle Feststellung wiederholt: „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage." Denn diese „Hamlet-Frage" mit ihrem Sein oder Nichtsein ist ja etwas, was bewußt oder unbewußt jeden Menschen durchwühlt. Oder doch zum mindesten durchwühlen sollte! „Die Völker werden nicht mehr länger warten, weil sie nicht mehr länger warten können und nicht mehr länger warten wollen!" hatte unlängst der Kanzler des Deutschen Reiches im Namen 65 Millionen Deutscher gesagt. So politisch zerspalten das deutsche Volk sein mag — hinter jenem Satz Dr. Brünings stehen alle deutschen Parteien. Erfreulicherweise hat man auch schon in Frankreich erkannt, daß man einmal die Trikolore an der Ruhr aufpflanzen konnte, daß es sich aber weder wirtschaftlich noch politisch lohnte. Und daß es sich heute noch viel weniger lohnen würde, zum zweitenmal Poincaré-Politik zu treiben. Sein Adjutant aus den Tagen des Versailler Diktats, Herr Tardieu, hat die Leitung der französischen Politik in die Hände Herriots abgeben müssen. Im Beginn des Wahlkampfes hat sich Tardieu ganz besonders dessen gerühmt, daß er zu den wenigen aktiv tätigen Staatsmännern gehöre, die einst den Frieden von Versailles unterschrieben hätten. „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage", die die Lausanner Konferenz beantworten soll. Wir erwarten es als Deutsche schon gar nicht mehr, daß Herriot den Young-Plan oder gar den Versailler Frieden in das offene Grab hineinschmeißt, wie dies Hamlet mit dem hohlen Schädel Yoricks tut, der einst der geistvolle Spaßmacher am Hofe des dänischen Königs gewesen war. „Armer Yorick", „Armer Young-Plan", — England, Italien, Amerika, andere Staaten wollen den hohlen Schädel deutscher Tributverpflichtungen hinein in die Grube werfen, in Frankreich selbst wagen sich die Stimmen immer lauter hervor, die unter dem Druck auch dort wachsender Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot die Totenwürmer in unserem Wirtschaftssystem herumkriechen sehen, — sollen in Lausanne die Männer, in deren Herzen und Hände das Schicksal der Welt gelegt ist, zögern und zaudern vor der „Tat" wie Hamlet? Schmetternd klingt in die Weltgeschichte hinaus der Ruf: „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage!"

*

Leider weiß man ja als Mensch der Nachkriegszeit, daß die Antwort auf diesen Trompetenruf des Schicksals bisher immer ein seniles Stammeln gewesen ist. Wenn man von Tardieu spricht, so denkt man daran, daß er es war, der für die Beratung der „großen Vier" in Versailles 1919 ein Bittgesuch schuf, auf das Wallensteins Ausruf: „Kann ich Armeen aus der Erde stampfen, wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand?" insofern ausgezeichnet paßte, als den Unterzeichnern jener Bittschrift, die den Anschluß des Saargebiets an Frankreich forderte, von ihrem Verlangen ebensowenig etwas bekannt war wie von dem Mißbrauch ihrer Namen. Daran zu erinnern ist heute notwendiger denn je, da alle Welt von der Notwendigkeit spricht, daß für die Lausanner Konferenz und vor ihr eine deutsch-französische Verständigung geschaffen werden müßte. Von ihr kann ja nur die Rede sein, wenn von dem tatsächlichen Beherrscher der Welt, also Frankreich, endlich einmal die Frage des „Seins oder Nichtseins" Deutschlands in bejahendem Sinne beantwortet wird. Uns Deutschen ist, weiß Gott, nicht nach Jubiläumsfeiern zumute, aber — gerade vor einem Jahr rüstete sich Dr. Brüning zu der ersten Fahrt, die ein deutscher Reichskanzler ins Ausland gemacht hat, nach Chequers. Wir wissen heute einigermaßen — damals wußten wir es nicht —, daß es sich bei dieser Reise Dr. Brünings wirklich um das „Sein oder Nichtsein" Deutschlands handelte, daß damals der Reichskanzler dem englischen Ministerpräsidenten diese Frage vorlegte, ob der Young-Plan Deutschland abwürgen sollte oder das bloße Dasein eines 65-Millionen-Volkes die Welt auf den Kopf zu stellen bestimmt sein könnte. Durch Macdonald hat damals der Präsident Hoover die Frage mit einem bedingten Ja beantwortet, aber dieses Ja kann doch nun nicht von einer einzigen Macht in das Nein, in ein „Nichtsein" umgewandelt werden; Frankreich kann gegenüber dem, was sich seit drei Jahren in der Welt vollzog, nicht mehr nur das eine hartnäckige Shylockwort kennen:

„Nein, ich steh' hier auf meinem Schein!"

*

Diesen Wechsel zu honorieren hat sich Deutschland die erdenklichste Mühe gegeben. Als vor Jahresfrist Dr. Brüning nach England fuhr, hinterließ er eine steuerfordernde Notverordnung, die ausdrücklich betonte, daß der deutsche Steuerzahler am Rande des Tragbaren angelangt sei oder diese Grenze schon überschritten habe. In den vergangenen zwölf Monaten sind wir noch weiter hineingewandert in das Gebiet des Untragbaren, und auf diesem Wege liegt niedergebrochen ein großer Teil der deutschen Wirtschaft. Über 12 Millionen, also ungefähr ein Fünftel der deutschen Bevölkerung, werden durch Unterstützung der öffentlichen Hand hingeschleppt durch ein kümmerliches Sein, das nur allzu oft in ein Nicht-mehr-sein-wollen umschlägt. Seit mehr als zwei Jahren wird von denen, die noch nicht von der tödlichen Hippe der Arbeitslosigkeit niedergemäht sind, ein immer größerer Teil des Arbeitseinkommens abverlangt, um den Arbeitslosen zu helfen. Jetzt soll sich diese Forderung noch weiter steigern. In gleichem Maße sinkt das allgemeine Lebensniveau, die Lebenshaltung des deutschen Volkes. Und so rückt, auch politisch, der Augenblick immer näher, da es nicht mehr an der Zeit ist, Hamletfragen über das „Sein oder Nichtsein" zu stellen, da nicht dieser Ausspruch Shakespeares, sondern eines andern Engländers bekanntes Wort zur Wirklichkeit wird, nämlich Darwins „Kampf um das Dasein".

Dr. Br.

Wie Frankreich die Tribute retten will.

An Stelle der Tribute „Kompensationen"!

Paris. Im „Paris Midi" gibt heute Painlevé Erklärungen über die Vorschläge ab, die er als Mitglied der künftigen Regierung zu unterbreiten gedenkt. Er geht aus von dem Gedanken, den er bereits 1922 entwickelt hat, nämlich alle Kriegsschulden mit dem normalen Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu verschmelzen. Er bleibe selbstverständlich ein Verteidiger der gehäuften Rechte Frankreichs, aber er sei überzeugt, daß man von diesen Rechten nichts aufgebe, wenn man sie zur Grundlage eines großzügigen europäischen Liquidationsplanes mache, dessen Entwurf und dessen Durchführung das Verdienst Frankreichs sein müsse.

Painlevé schlägt vor, eine internationale Kompensations- und Amortisationskasse für den Frieden zu gründen. Sämtliche europäischen Staaten sollen aufgefordert werden, freiwillig ohne Zwang und ohne Tribut ihren Beitrag für die Liquidation zu leisten.

Die französischen Rechtstitel würden so im Rahmen einer Gesamtregelung wirtschaftlicher Natur als Ausgleich für die Konten dienen, die gegenwärtig nicht abgedeckt werden können.

Der Begriff „Tribute" würde durch den Begriff „Kompensation" ersetzt werden.

Selbstverständlich müsse den Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands Rechnung tragen werden und man wisse, daß ein Land wie Deutschland sie in hohem Maße besitzt. Das Wirtschaftsleben der Welt würde aus diesem Plane neue Kräfte und neues Gleichgewicht schöpfen und das Vertrauen wiedergeboren werden. Sobald der Plan der Kompensations- und Amortisationskasse von den europäischen Mächten unterzeichnet sei, werde man ihn Amerika zur Gegenzeichnung vorlegen und die Amerikaner vor die Wahl stellen, entweder mit Nutzen an der europäischen Regelung teilzunehmen oder die Verantwortung zu tragen, alles zu zerstören.

Moratoriumsverlängerung für Deutschland untragbar.

Gegen Vertagung der Endlösung in Lausanne.

In der französischen Presse wird neuerdings sehr stark für eine Vertagung der Endlösung in Lausanne Propaganda gemacht. Da man offenbar in Frankreich den Standpunkt vertritt, daß eine Lösung der Reparationsfrage erst nach einer Klärung der Schuldenfrage erfolgen könne und daß dies wieder erst möglich sei, nachdem die amerikanische Präsidentenwahl stattgefunden hätte, glaubt man, die Entscheidung bis zum Dezember vertagen zu müssen. Die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß die Bestimmungen des Hoover-Moratoriums am 1. Juli d. J. ablaufen, glaubt man in Frankreich dadurch umgehen zu können, daß man dann bis zum Dezember einfach

eine Verlängerung der Bestimmungen des Hoover-Moratoriums um ein halbes Jahr vorschlägt. Da diese Ansicht auch außerhalb Frankreichs geäußert worden ist, muß deutscherseits festgestellt werden, daß alle derartigen Pläne der tatsächlichen Lage Deutschlands nicht gerecht werden.

Die Bestimmungen des Hoover-Moratoriums gewähren Deutschland tatsächlich nur einen sehr kurzfristigen Zahlungsaufschub und befreien Deutschland nur zum Teil von den Lasten des Young-Planes. Insbesondere wird das Hoover-Moratorium auch der Tatsache nicht gerecht, daß Deutschland nicht zahlen kann. Es kann daher als sicher gelten, daß die deutsche Regierung jedem Vorschlag auf Verlängerung der Bestimmungen des Hoover-Moratoriums für Deutschland um ein halbes Jahr ablehnend gegenübersteht.

Es wäre daher wünschenswert, wenn das Ausland sich klar darüber wird, daß die Lage Deutschlands sich seit dem 1. Juli 1931 so weitgehend geändert hat, daß es nicht angängig ist, die damals eingesetzten Mittel zur Abwendung einer Verschärfung der Krise noch einmal einzusetzen.

Hat Brüning das Vertrauen Hindenburgs?

Vor der Fertigstellung der Notverordnung.

Das Reichskabinett nahm seine Beratungen zur Fertigstellung der neuen Notverordnung wieder auf. In den Beratungen wurden die Wünsche des Reichspräsidenten hinsichtlich der Kriegsrenten und der Siedlung zweifellos berücksichtigt. Nach der Fertigstellung der Notverordnung wird dann der vorgesehene Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten am Sonntag vormittag stattfinden.

Wie verlautet, beabsichtigt der Kanzler, den Reichspräsidenten vor die Frage zu stellen, ob er noch das volle Vertrauen des Reichspräsidenten genieße, weil es sonst für ihn keinen Sinn habe, die Notverordnung, die auf lange Sicht berechnet sei, gegenzuzeichnen und durchzuführen.

Welche Antwort der Reichspräsident erteilen wird, steht noch dahin.

Man darf annehmen, daß der Kanzler in der Unterredung auch auf die große Bedeutung der bevorstehenden Lausanner Konferenz und auf die von ihm dafür geleistete Vorarbeit hinweisen wird.

Die in der Presse stark erörterte Frage einer Umbildung des Kabinetts wird erst nach Klärung dieser Vorfrage entschieden werden. Alle Berichte über die Absicht des Kanzlers, sein Kabinett durch bestimmte Persönlichkeiten zu ergänzen — z. B. für das Reichswehrministerium General Hasse, für das Reichswirtschaftsministerium Goerdeler, für das Reichsinnenministerium Geßler usw. — sind daher verfrüht.

Andere Verteilung der Arbeit.

Stegerwald über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Er führte u. a. aus: In weiten Arbeitgeberkreisen glaube man gegenwärtig, besonders die Lohn- und Sozialpolitik losgelöst von der übrigen Politik behandeln zu können. Die Frage ist, ob wir endlich ein Volk werden wollen, oder ob wir wieder zurück in den Kasten- und Klassenstaat und erneut zur Entfremdung der Arbeitermassen gegenüber dem Staat kommen wollen. Der Glaube, wir müssen uns amerikanisieren, ist uns nicht gut bekommen. Man mag zur privatkapitalistischen Ordnung stehen wie man will: die Zeit des Niederbruches ist jedenfalls denkbar ungeeignet für Sozialisierung.

Die Kostenaufbringung für die Sozialversicherung spitzt sich immer mehr auf die Frage zu:

Was können die in Arbeit Stehenden abgeben

an jene, die dauernd oder vorübergehend aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden sind? Vor dem Kriege betrug der Beitrag zur Sozialversicherung 7,9 Prozent des Lohnes, heute an 20 Prozent (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Für die Arbeitnehmer ergibt sich hieraus zweierlei: je höher die Beiträge, desto geringer der noch verbleibende Lohn, und je höher in einem kapitalarmen Lande die Sozialabgaben, desto geringer der Kreis der Beschäftigten. In diesen Tagen steht die Frage zur Entscheidung, ob die Beiträge zur Arbeitslosenhilfe erneut erhöht werden sollen, um die Arbeitslosen über den künftigen Winter zu bringen.

Dabei muß man sich klar sein, daß heute jede Neubelastung der Produktion so und soviel Arbeitslose mehr bedeutet.

Bis jetzt ist sozialpolitisch nichts zerschlagen; es ist lediglich ein Abbau der Leistungen erfolgt, nicht ein Abbau der Einrichtungen.

Auf weitere Sicht nennt Stegerwald drei Möglichkeiten: zurück zum Individualismus, zum Sozialismus, und als dritte: weitgehende wirtschaftliche Selbstverwaltung der Beteiligten.

Wir müssen wieder zurück vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Die Tarifverträge müssen zu Gewerbegesetzen ausgestaltet werden.

Unmittelbar bevorstehende Aufgaben sind:

Die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation. Erst bei der Neuordnung des Gesamtsteuerwesens wird sich allenthalben klar zeigen, was die öffentliche Verwaltung künftig noch leisten und

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF